

Bankenexperte Kunz zur GKB: «Beim Namen Benko hätten die Alarmglöckchen losgehen müssen»

Für Bankenexperte Peter V. Kunz wirft der Fall Benko und der angebliche GKB-Kredit massive Fragen auf. Gleiches gelte für die Rolle, die GKB-Präsident Peter Fanconi in der Sache gespielt haben soll.

Gion-Mattias Durband

13.03.24 - 04:30 Uhr **Graubünden**



Sieht viele offene Fragen, juristisch wie auch mit Blick auf den Ruf der GKB: Wirtschaftsrechtsprofessor Peter V. Kunz.

Pressebild

Die in der jüngsten Ausgabe der «Sonntagszeitung» publik gemachten E-Mails zwischen dem gefallenen österreichischen Immobilienmogul René Benko und dem Präsidenten der Graubündner Kantonalbank, Peter Fanconi, sorgen gerade schweizweit für Schlagzeilen. Der Bericht wirft Fragen auf zur Rolle, die Fanconi bei Benkos Suche nach Krediten bei Schweizer Banken spielte. Mit Peter V. Kunz ordnet nun ein ausgewiesener Experte auf dem Gebiet die Vorkommnisse ein. Seit 2005 doziert Kunz an der Universität Bern Wirtschaftsrecht. Zuvor hat 13 Jahre als Wirtschaftsanwalt in Zürich vornehmlich Banken betreut. Er hat sich auch theoretisch vertieft mit Banken beschäftigt, mit den Systemrelevanten ebenso wie mit den Kantonalen.

Herr Kunz, wie haben Sie als Kenner der Materie die Geschichte in der «Sonntagszeitung» aufgenommen? Was ging Ihnen durch den Kopf?

Peter V. Kunz: Als Bankrechtsexperte schaue ich auf zwei Aspekte: Das eine ist die Frage der Legalität – und die ist noch offen. Die Abklärung, ob gegen Recht verstossen wurde, ist Sache der zuständigen Stellen, vom GKB-Bankrat über den Grossen Rat bis hin zur Finanzmarktaufsicht (Finma) in Bern. Zusätzlich geht es um die Frage der Legitimität und der Reputation. Und da muss ich sagen: Es sieht – untechnisch ausgedrückt – saublöd aus.

«Juristisch stellt sich etwa die strafrechtliche Frage der Vorteilsannahme, eine Art der Bestechung.»

Beginnen wir mit dem Juristischen. Welche Fragen stellen sich da?

Vorweg: Rechtlich ist alles offen, und es gilt selbstverständlich die Unschuldsvermutung. Es stehen noch keine konkreten Anschuldigungen im Raum, auch keine Verfahren oder Verurteilungen. Wenn nun aber ein Bankpräsident mit einem potenziellen oder aktuellen Kunden etwa in die Ferien geht, steht die Thematik eines Interessenkonflikts im Raum. Wenn

Fanconi, wie er sagt, nur Kontakte hergestellt hat, wäre er wohl im Prinzip fein raus. Wenn er aber bezüglich der angeblichen Kredite der GKB mit den Zuständigen in der Bank über das Geschäft gesprochen oder sich nur schon hätte informieren lassen, wäre die Grenze überschritten. Auf der anderen Seite stellt sich juristisch etwa die strafrechtliche Frage der Vorteilsannahme, einer Art der Bestechung.

«Auch der Bankrat muss über die Bücher und sollte wohl eine externe Untersuchung einleiten, wenn er das nicht schon getan hat.»

Fanconi habe Reise und Aufenthalt selbst bezahlt, wird sein Sprecher zitiert.

Da gilt es abzuklären: Hat er wirklich nichts bekommen? Und: Hat er für alles den vollen Preis bezahlt? Selbst wenn dies alles zutrifft, er aber Zugang zu einem Angebot hatte, das beispielsweise Ihnen und mir nicht offensteht, sind wir im Graubereich einer Bevorzugung. Zudem wird sich die Finma mit der bankrechtlichen Frage befassen müssen, ob die von Führungspersonen verlangte Gewähr für eine einwandfreie Geschäftstätigkeit besteht oder nicht. Auch der Bankrat muss über die Bücher und sollte wohl eine externe Untersuchung einleiten, wenn er das nicht schon getan hat. Dazu weiss man bisher aber nichts.

Neben den juristischen Fragen sprachen Sie eingangs die Reputation an.

Die GKB liess etwas rasch verlauten: alles im grünen Bereich. Es mag sein, dass alle Vorgänge im Zusammenhang mit dem mutmasslichen Kredit an Benko rechtens waren. Aber es sieht dennoch, wie gesagt, saublöd aus. Und das kann für eine Kantonalbank zum Problem werden. Gerade für solche Banken ist die Reputation ein sehr wichtiges Gut. Der Ruf entscheidet darüber, ob Kunden für ihr Darlehen, den Kredit oder das Sparbüchlein diese oder eine

andere Bank auswählen. Die öffentliche Wahrnehmung spielt bei einer Bank wie der Julius Bär etwa eine weniger wichtige Rolle – dort können durchschnittliche Vermögende ohnehin kein Konto eröffnen. Kantonalbanks stehen da viel stärker unter öffentlicher Beobachtung, durch das Publikum und die Politik.

«Wenn sie sich auf die internationalen Märkte begeben, spielen sie mit der Staatsgarantie im Rücken nicht mit ihrem eigenen Geld, sondern mit dem der Steuerzahlenden.»

Die Öffentlichkeit muss für Kantonalbanks ja auch potenziell mit ihrem Steuergeld bürgen, wenn die Staatsgarantie zum Tragen kommt.

Dem ist so. Darum kann ich auch schlecht verstehen, wieso die mittelgrossen Kantonalbanks mit den grossen Playern mitspielen wollen. Das angestammte Geschäftsmodell der Kantonalbanks ist das Hypothekengeschäft im eigenen Kanton. Und das ist auch richtig so, denn es ist relativ risikolos. Wenn sie sich auf die internationalen Märkte begeben, spielen sie mit der Staatsgarantie im Rücken nicht mit ihrem eigenen Geld, sondern mit dem der Steuerzahlenden. Darum kann eine Kantonalsbank ja auch kaum Konkurs gehen – es würden einfach die Steuern erhöht. Wir dürfen auch nicht vergessen: In den drei Kantonen Bern, Waadt und Genf standen die Kantonalbanks in den Achtziger- und Neunzigerjahren tatsächlich kurz vor dem Konkurs. Darum haben die dortigen Kantonalbanks heute auch keine Staatsgarantie mehr.

Daher untersteht eine Kantonalsbank auch der politischen Kontrolle, oder?

Ja. Bei der GKB handelt es sich um eine Körperschaft des öffentlichen Rechts, quasi eine Staatsbank. Gegenüber anderen Kantonalbanks, die als Aktiengesellschaft konstituiert sind, fehlt bei Öffentlich-Rechtlichen die

disziplinierende Kontrolle durch die Aktionäre. Darum steht bei Kantonalbanken wie der GKB nebst der Finanzmarktaufsicht Finma auch die kantonale Politik in einer Aufsichtspflicht. Daher rechne ich auch damit, dass sich im Grossen Rat über kurz oder lang eine Untersuchung aufdrängt. Es stellen sich genug juristische und politische Fragen. Bei einer grösseren Kantonalbank wie etwa in Zürich oder Bern wäre längst ein riesiges politisches Theater ausgebrochen und eine Parlamentarische Untersuchungskommission verlangt worden. Da bin ich nun gespannt, wie dies in Graubünden weitergeht.

«Es überrascht mich, wenn die Regierung so schnell signalisiert: kein Problem. Die richtige Botschaft wäre: Wir wissen noch zu wenig, aber wir schauen uns das an.»



KOMMENTAR

Wer bürgt, soll wissen

Gion-Mattias Durband über Transparenz in Sachen Graubündner Kantonalbank.

13.03.2024

Vonseiten der GKB selber heisst es, die Bank habe den Entgegnungen Fanconis gegenüber der «Sonntagszeitung» «nichts hinzuzufügen». Und gemäss Finanzdirektor Martin Bühler hat die Regierung nach einem klärenden Gespräch Herrn Fanconi am Montag ausdrücklich das Vertrauen ausgesprochen.

Ein Statement, es sei nichts Gravierendes vorgefallen, scheint verfrüht und reicht da nicht. Ich bin überzeugt, dass sich die Finma für die Vorgänge interessieren wird. Und auch die Compliance-Abteilung der GKB wird sich das nochmals ansehen müssen und klären, ob da alles rechtens abgelaufen ist.

Und ich hoffe auch, dass der Bankrat dazu eine externe Untersuchung in Auftrag gibt. Und schliesslich gehe ich auch davon aus, dass der Grosse Rat als politisches Aufsichtsgremium den Sachverhalt geklärt haben will. Ich betone aber: Das alles bedeutet nicht, dass Herr Fanconi oder die GKB etwas falsch gemacht haben! Man muss es sich aber genau anschauen. Darum überrascht es mich, wenn die Regierung so schnell signalisiert: kein Problem. Die richtige Botschaft wäre: Wir wissen noch zu wenig, aber wir schauen uns das an.

Die GKB kommunizierte, dass der Bankrat, dem Präsident Fanconi angehört, in den Prozess der Kreditvergabe «nicht involviert» sei. Damit hätte Fanconi bei einem möglichen Kredit zugunsten Benkos auch nichts zu tun gehabt.

Das ist grundsätzlich auch gut so. Bei einem mutmasslichen Konsortialkredit mit einem Bündner Anteil in der Grössenordnung von über 60 Millionen Franken kann ich mir aber kaum vorstellen, dass dies im Bankrat nicht thematisiert wurde. Und wenn das Geschäft dort besprochen wurde, dürfte man von einem Bankrat erwarten, dass beim Namen Benko ein paar Alarmglöckchen losgehen, 'war da nicht mal was?'

«Man dürfte von einem Bankrat erwarten, dass beim Namen Benko ein paar Alarmglöckchen losgehen, 'war da nicht mal was?'...»

... Benko wurde bereits 2012 in einem Korruptionsprozess verurteilt.

Ja, Benko war kein Eins-a-Businesspartner, das hätte eine Ein-Minuten-Google-Suche rasch zutage gefördert. Auch das ihm gehörende Immobilienunternehmen Signa ist seit Langem als Blackbox mit völlig undurchsichtigen Strukturen bekannt. Aus diesen Gründen haben sich grosse Player wie eine UBS oder eine Zürcher Kantonalbank (ZKB) wohl auch nicht

oder nur mit kleinen Summen an den Krediten beteiligt. Dass dafür kleinere und mittelgrosse Banken wie eine GKB offenbar mitmachten, wirft grundlegende Fragen auf. Ging bei manchen die Gier mit ihnen durch? Waren sie überfordert? Oder war man einfach zu unvorsichtig? Wenn dann noch der Anschein von Freundschaftsdiensten im Raum steht, die Fanconi gemäss E-Mails von Benko geleistet haben soll, führt das zu erheblichen Reputationsproblemen.

«Gerade die mittelgrossen Kantonalbanken leiden meiner Auffassung nach teils unter einem Minderwertigkeitskomplex. Auch sie wollen 'bei den Grossen mitspielen'.»

Wie erklären Sie sich das Engagement der kleinen und mittleren Kantonalbanken im Fall Benko?

Gerade die mittelgrossen Kantonalbanken leiden meiner Auffassung nach teils unter einem Minderwertigkeitskomplex. Auch sie wollen 'bei den Grossen mitspielen'. Mit der Wahl von Fanconi, der zuvor bei der viel grösseren Vontobel-Bank wirkte, haben die Bündner für das Bankpräsidium bewusst auf einen sogenannten Risk-Taker gesetzt, einen bekannten Banker, der ohne Zweifel viel risikofreudiger unterwegs ist als der typische konservative Kantonalbanker. Das war ein bewusster Kontrapunkt. Etwas überspitzt war es bildhaft der Wechsel vom Volvo-Fahrer mit Einfamilienhaus in Graubünden zum Porschefahrer mit Ferien auf den Malediven. Fanconi erscheint als ein typischer Privatbanker. Und das wirkt sich auch auf die Geschäftstätigkeit aus. Gerade bei einer traditionell konservativen Bank wie der GKB.

Man kann eine Kantonalbank auch offensiver aufstellen, eine Frage der Strategie.

Klar. Eine GKB kann ihre Tätigkeit über das traditionelle Feld der innerkantonalen Hypotheken ausweiten und auch ausserkantonale und internationale ins Geschäft einsteigen. Aber dann müssen auch die internen

Strukturen entsprechend angepasst werden, sonst wagt sich eine Bank aufs Hochseil ohne Auffangnetz. Dann wird es gefährlich.

«Fanconi erscheint als ein typischer Privatbanker. Und das wirkt sich auch auf die Geschäftstätigkeit aus.»

Das heisst konkret?

Man braucht ein entsprechend starkes und professionelles Risikomanagement. Juristen, Mathematiker und Ökonomen, die die Risiken – sprich: Ausfallwahrscheinlichkeit – allfälliger Geschäfte und Investitionen abschätzen können, gerade bei internationalen Bezügen. Und diese Aufgabe wird ungleich komplizierter, wenn es statt der Bündner Hypotheken neu um internationalen Derivatehandel oder Bitcoin geht. Dasselbe gilt für die Compliance-Abteilung, die sich intern um die Einhaltung der Gesetze kümmert.

Zurück zur Frage zum Bankrat: Was, wenn das angebliche Kreditgeschäft tatsächlich nicht im Bankrat gewesen wäre?

Das wäre noch viel schlimmer. Dann müssten die Strukturen geändert werden, um sicherzustellen, dass solche grossen Kredite mit Risikopotential in den Bankrat kommen.

Möglich, dass sich das alles wieder legt und man zum Tagesgeschäft zurückkehrt?

‘Augen zu und durch’ wäre nun die falsche Strategie. Wenn auch bisher keine konkretisierten Vorwürfe, keine smoking gun vorliegt, es sieht einfach blöd aus. Und: Wenn eine solche Geschichte mal auf einem Portal wie [insideparadeplatz.ch](https://www.insideparadeplatz.ch) nachgezogen wurde, funktionieren es nicht mehr, so zu tun, als wäre nichts geschehen.

«Als Grossrat würde ich mich fragen: War das angebliche Investment in Signa/Benko ein einmaliger Ausreisser – oder liegen da noch mehr unentdeckte Leichen begraben?»

Die GKB soll angeblich über 60 Millionen Franken an Kredite zugunsten von Benkos Unternehmen aufgeworfen haben – die Bank selbst will das weder bestätigen noch dementieren. Selbst wenn dem so wäre, wäre dies im Kontext der Bilanz der Bank keine grosse Summe, liess sich Finanzdirektor Martin Bühler vernehmen.

Eine unverantwortliche Aussage, finde ich. Wenn als Kriterium ein allfälliger Konkurs herangezogen wird, dann ist es zwar nicht viel. Aber ein Abschreiber wäre ein Abschreiber. Und dann wären 60 Millionen eben 60 Millionen – das wäre auch im Kanton Zürich ein ordentlicher Batzen. Zudem reden wir bei einer Staatsbank wie der GKB letztlich auch von Volksvermögen. Etwa mit Blick auf die Dividende, die auf den öffentlichen Haushalt entfällt. Dividenden können aber nur bei einem Gewinn ausgeschüttet werden. Und bei einem Rekordgewinn der GKB von rund 230 Millionen für 2023 wären 60 Millionen Franken nicht wenig. Wenn eine Regierung nun sagt, das sei kein grosser Betrag, dann ist das reine Verwedelungstaktik. So soll Solidarität gezeigt werden, die Wagenburg wird aufgezoogen. Und es zeugt von mangelndem Problembewusstsein. Dabei müsste man sich viel mehr die Frage stellen: Wie sicher ist die Bank? Was können wir verbessern?

Setzen Sie hier ein grundsätzliches Fragezeichen?

Wenn ich im Grossen Rat sässe, würde ich mich fragen: War das angebliche Investment in Signa/Benko ein einmaliger Ausreisser – und kam per Zufall genau dieser Ausreisser ans Licht? Oder liegen da noch mehr unentdeckte Leichen begraben? Also: Wie hat sich das generelle Anlageportfolio der GKB verändert? Die Finma wird sich diese Fragen stellen. Und der Bankrat und der Grosse Rat sollten dies meiner Meinung nach auch tun.



Dossier

GKB – die Bündner Bank

Die Graubündner Kantonalbank (GKB) mit Hauptsitz in Chur wurde 1870 gegründet. Sie gehört zum Grossteil dem Kanton Graubünden, beschäftigt heute 1000 Mitarbeitende, und ist an über 50 Standorten vertreten. Hier findet Ihr die wichtigsten Artikel zur Bündner Bank.

26.07.2018

